

Krisenstimmung im Parlament.

Bestimmung der Deutschen.

* Wien, 28. September.

Es herrscht wieder einmal Krisenstimmung im Parlament. Die Deutschen sind durch die gestrige Abstimmung im Budgetauschuss, wo sie sich plötzlich einer starken geschlossenen Koalition sämtlicher anderen Parteien gegenüberbefanden, verstimmt, erregt, ja erbost. Diese Mißstimmung findet ihren scharfen und demonstrativen Ausdruck in dem Antrag der Deutschradikalen Vereinigung, der dahin geht, daß die deutschnationalen Abgeordneten alle Obmann-, Obmannstellvertreter- und Berichterstatterstellen in sämtlichen Ausschüssen niederlegen sollen.

Die Deutschradikale Vereinigung beschäftigte sich heute mit gewissen Vorkommnissen im Deutschen Nationalverband und mit einer eingehenden Erörterung der politischen Lage. Es wurde beschlossen, folgenden Antrag des Abg. Teufel von Partei wegen im Vorstande des Deutschen Nationalverbandes zu stellen:

Die Vorgänge und Beschlüsse, die im Abgeordnetenhaus und dessen Ausschüssen seit Beginn der neuen Tagung erfolgt sind, beweisen klar und deutlich, daß gegenwärtig eine den Staatsinteressen feindliche slawisch-sozialdemokratische Mehrheit die Führung des Hauses innehat, ohne hierfür die Verantwortung zu übernehmen. Der Deutsche Nationalverband zieht aus dieser Erkenntnis die natürliche Folgerung und beschließt, daß seine Mitglieder alle Obmann-, Obmannstellvertreter- und Berichterstatterstellen, die sie in den Ausschüssen bekleiden, zurückzulegen haben.

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages behält sich die Deutschradikale Vereinigung völlige Freiheit ihres Handelns vor.

Die Annahme dieses Antrages seitens des Deutschen Nationalverbandes würde die Sprengung des Parlaments bedeuten.

In der Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wurde der Antrag der Deutschradikalen Vereinigung auf Niederlegung der Obmann- und Berichterstatterstellen in den Ausschüssen einer eingehenden Beratung unterzogen und beschlossen, diesen Antrag den einzelnen Parteigruppen zur Beratung zuzuweisen. Diese sollen zu diesem Antrag bis Mittwoch Stellung nehmen, an welchem Tage dann zunächst der Vorstand und sodann die Vollversammlung des Verbandes über diesen Antrag Beschluß fassen wird.

Der Vorstand des Verbandes hat also vorläufig die Beschlußfassung über diesen Antrag verschoben, offenbar, um den erhitzten Gemütern Zeit zu lassen, sich zu beruhigen.

Die Regierung ohne Majorität.

Neben dieser Krise gibt es aber noch eine zweite Krise, die zwar nicht offen zutage liegt, die aber viel ernster zu werden scheint. Diese Krise ist eine Regierungskrise. Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat nämlich keine Mehrheit im Hause und dadurch keine Hoffnung, auch nur die Botierung des Budgetprovisoriums zu erhalten. Nur die deutschböhmerischen Abgeordneten würden für das Budgetprovisorium stimmen, alle anderen Parteien haben ihre oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung deutlich kundgetan.

Die Parlamentskrise.

Wie bei jeder Regierungskrise tauchen Gerüchte von einer Parlamentskrise auf. Man spricht von einer Vertagung des Hauses, von einer Schließung der Session. Alle möglichen Teufel werden an die Wand gemalt. Aber da der Kaiser, wie er selbst in seiner Thronrede gesagt hat, konstitutionell regieren will, kann die Regierungskrise nicht zur Parlamentskrise werden.